

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/07/2010
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Donnerstag, 18.11.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Rahmenzielvereinbarung zur Weiterentwicklung der Heilpädagogischen Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: 0976/2010
7. Übertragung der Trägerschaft für das Jugendzentrum Vorhalle
Vorlage: 0957/2010
8. HSK 2011
- Kita und Tagespflege Beitragsstaffel der Kindergartenjahre 2011/2012
Vorlage: 0791-4/2010
9. HSK 2011
- Einsparung bei Kinderspielplätzen
Vorlage: 0791-5E/2010
10. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2011
Vorlage: 0791/2010
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Anschließend nimmt er die Verpflichtung von Frau Hiltrud Steinhofer-Haurand vor, die als stellvertretendes Mitglied für Herrn Frank Fischer anwesend ist.

Er stellt fest, dass die Tagesordnung unverändert bestehen bleibt.

2. Mitteilungen

Herr Steuber entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Dr. Schmidt, der sich derzeit im Krankenhaus befindet.

Er weist auf die Aktion der Westfalenpost für die Heimkinder hin. Bei der Weihnachtsbeihilfe für Heimkinder handele es sich um eine freiwillige Leistung, die von der Stadt Hagen nicht mehr gezahlt werden dürfe. Über die Westfalenpost werde nun versucht, diesen Betrag über Spenden zu ersetzen. Er regt an, diese Aktion zu unterstützen.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es richtig sei, dass in den vergangenen Jahren dieser Betrag aus Mitteln der Sparkassenspende entnommen worden sei.

Herr Steuber bejaht die Frage und teilt mit, dass das in diesem Jahr leider nicht mehr ermöglicht worden sei.

Weiterhin teilt Herr Steuber mit, dass man den Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW nochmals um eine Überprüfung der Haltung der Bezirksregierung gebeten. Es sei darüber berichtet worden, dass die Stadt Hagen als Nothausaltkommune nicht berechtigt sei, freiwillige Zuschüsse für die Trägeranteile der Träger von Kindertageseinrichtungen in Hagen zu bezahlen. Das Gleiche gelte für Investitionszuschüsse für den U-3-Ausbau. Man habe seit längerer Zeit das Problem, dass Hagener Träger dringend um finanzielle Unter-

stützung für die Sicherstellung ihrer Kindertageseinrichtungen bäten. Es liege eine ausdrückliche Ablehnung der Bezirksregierung darüber vor, dass die Stadt Hagen das nicht tun dürfe. Trotz mehrfacher Erinnerung beim Minister läge dazu bis heute keine Antwort vor.

Außerdem berichtet er darüber, dass es eine Reihe von kreisfreien Städten gegeben habe, die Verfassungsbeschwerde wegen der finanziellen Folgen des Kinderförderungsgesetzes erhoben hätten. Hagen habe sich aufgrund der entstehenden Gerichtskosten nicht daran beteiligt. Der Verfassungsgerichtshof NRW habe am 12. Oktober entschieden, dass das Gesetz das Recht auf kommunale Selbstverwaltung verletze. Das Land werde verpflichtet, den Mehrkostenanteil zu erstatten. Hagen rechne mit einem finanziellen Mehraufwand von GTK zu KiBiz von jährlich zwei Millionen Euro, der für die Betriebskosten in Hagen anfalle.

Herr Reinke berichtet, dass sich am gestrigen Tag der Fachbeirat zur Kinderschutzambulanz zum ersten Mal getroffen habe. Man habe sich darauf verständigt, zweimal im Jahr zu tagen, um die Entwicklung der Kinderschutzambulanz zu begleiten.

Herr Steuber ergänzt, dass man mit der Fachbereichsleitung des Diakonischen Werkes eine grobe Absprache getroffen, über das erste Jahr „Kinderschutzambulanz“ im Januar im Ausschuss eine Berichterstattung zu geben.

Herr Strüwer stellt Einvernehmen zu diesem Vorschlag fest.

3. Anliegen der Jugendräte

entfällt

4. Bündnis für Familien

entfällt

5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass man abwarten müsse, was das neue Gesetz bringen werde. Die Rahmenbedingungen seien noch nicht bekannt. Nichtsdestotrotz müsse das neue Kindergartenjahr vorbereitet werden.

Zurzeit gebe es Vormerklisten in den Einrichtungen, in denen Eltern ihr Interesse zur Aufnahme ihres Kindes bekundeten. Das Verfahren werde sich in den nächsten Monaten weiter so vollziehen, wie man es aus den letzten zwei Jahren kenne. Von Seiten der freien Träger gebe es natürlich Verunsicherung und Zurückhaltung, was den Ausbau von U-3 angehe.

Frau Haack ergänzt, dass der Ausschuss normalerweise zum Ende des Jahres die Kindergartenplanung für das nächste Jahr vorgelegt bekomme. Das sei in diesem Jahr leider nicht möglich, da die Rahmenbedingungen im Moment sehr unklar seien. Es sei möglich, dass bereits für das nächste Kindergartenjahr Stundenkontingente verändert würden. Das habe dann Auswirkungen auf die Gruppenstärken. Der Zeitplan sehe vor, dass die Rahmenbedingungen im Februar des nächsten Jahres vorlägen. Dann könne man die Planung vorlegen.

Herr Strüwer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man den Kindergartenbedarfsplan bis zum Jahr 2014 beschlossen habe. Auf dieser Basis hoffe er, dass das Verfahren trotz der Probleme zufriedenstellend laufe.

6. Rahmenzielvereinbarung zur Weiterentwicklung der Heilpädagogischen Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: 0976/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Frau Haack ergänzt die Ausführungen.

Herr Strüwer erklärt, dass es darum gehe, junge Menschen mit Behinderungen in den Alltag zu integrieren.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der geänderten Rahmenzielvereinbarung zu.
2. Die Rahmenzielvereinbarung wird dem Landesjugendamt nach Beschlussfassung zugestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

7. Übertragung der Trägerschaft für das Jugendzentrum Vorhalle Vorlage: 0957/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Frau Karadag erklärt sich für befangen, weil sie bei den Falken beschäftigt ist.

Frau Klos-Eckermann gibt die Frage aus dem Stadtteil wieder, wie das mit der Hausmeisterei weitergehe. Es gebe natürlich von Seiten des Hausmeisters Befürchtungen, den Arbeitsplatz zu verlieren. Seien das geplante Programm und die Öffnungszeiten in etwa deckungsgleich mit dem städtischen Angebot oder erweitere sich das Programm möglicherweise? Man könne der Vorlage entnehmen, dass die Leitung Brockhausen und die des Jugendzentrums identisch sein sollen. Gebe es schon eine Vorstellung, wie das laufen solle?

Herr Reinke möchte wissen, ob sich das betragsmäßig beziffern lasse, was von der Stadt an Betriebskosten getragen werde.

Herr Goldbach berichtet, dass die Falken einen Betrag in Höhe von 79.250 € als Förderung bekämen.

Herr Reinke erwidert, dass er die Objektkosten des Jugendzentrums gemeint habe.

Herr Goldbach sichert zu, diese **als Anlage** dem Protokoll beizufügen.

Herr Strüwer führt aus, dass in besonderer Weise darauf abgestellt würde, dass man die Quartiersarbeit mit Brockhausen und dem Spielmobil verquicke, damit man ein kompaktes Angebot habe. Sei sichergestellt, dass die Dinge sowohl personell, finanziell als auch organisatorisch getrennt seien und sich nicht möglicherweise eine Konzentration an einer Stelle ergebe? Würden weiterhin alle Standorte bedient?

Herr Laschat beantwortet die inhaltlichen Fragen zur Gestaltung der zukünftigen Arbeit im Jugendzentrum. Zur Frage von Herrn Strüwer teilt er mit, dass beide Standorte und deren Schwerpunkte erhalten blieben.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Trägerschaft für das Jugendzentrum Vorhalle wird zum 1.1.2011 auf das Falken Bildungs- und Freizeitwerk Hagen / EN e.V. zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 0
Enthaltungen: 3

8. HSK 2011
- Kita und Tagespflege Beitragsstaffel der Kindergartenjahre 2011/2012
Vorlage: 0791-4/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, die drei Tagesordnungspunkte zum Haushaltssicherungskonzept zusammenhängend zu behandeln.

Er berichtet, dass zu den Themen „Einsparung bei Kinderspielplätzen“ und „Kita Beitragsstaffel“ jeweils der Unterausschuss Jugendhilfe getagt habe, um dem Jugendhilfeausschuss einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Der Unterausschuss habe zum Thema „Einsparung bei Spielplätzen“ einen einvernehmlichen Beschluss gefasst, den er im Anschluss näher erläutern würde.

Zum Thema „Kita Beitragsstaffel“ sei der Unterausschuss bisher noch nicht zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen. Die Empfehlung des Unterausschusses gehe dahin, dass die Thematik heute beraten werde, aber nicht beschlossen werden solle. In einer Sondersitzung am 01.12.2010 solle sich der Jugendhilfeausschuss ausschließlich mit dieser Thematik beschäftigen.

Herr Steuber gibt einen Einstieg zum Thema „Elternbeiträge“ und erläutert die verschiedenen Varianten aus der Vorlage.

Herr Strüwer berichtet aus der Beratung im Unterausschuss Jugendhilfe. Man sei sich darüber einig gewesen, auch im Unterausschuss erneut über die Thematik zu beraten und sich auf einen einvernehmlichen Empfehlungsbeschluss an den Jugendhilfeausschuss zu verständigen.

Frau Burghardt hält die Erhebung eines Mindestbeitrages in Höhe von 20 Euro

für problematisch. Könne man nicht darauf verzichten?

Herr Strüwer antwortet, dass dieser Punkt im Unterausschuss ausführlich diskutiert worden sei. Man habe sich darauf verständigt, dass die Empfehlung an den Rat beinhalten solle, dass kein Mindestbeitrag erhoben werde. Er bittet die Ausschussmitglieder, den Vertagungsantrag mitzutragen.

Herr Steuber erinnert daran, dass man in der Unterausschusssitzung verschiedene Varianten diskutiert habe. Er bittet, für den Fall, dass Wünsche aus den interfraktionellen Beratungen oder in den Verbänden bezüglich einer Variablen in der Tabellengestaltung der Verwaltung jetzt mitgeteilt würde, damit man das rechtzeitig zur Sitzung am 01. Dezember vorbereiten könne.

Herr Reinke erklärt, dass die CDU-Fraktion sich darauf verständigt habe, Variante B in den Punkten 1 bis 4 vorzuschlagen. Auf den Mindestbeitrag solle verzichtet werden. Man habe sich weiterhin darauf geeinigt, dass man bei den 14 Stufen bleiben wolle.

Für diesen Bereich sei in den Maßnahmeblättern ein Einsparbetrag in Höhe von 800.000 Euro genannt. Die Variante B sei die gewesen, die am nächsten an diesen Betrag herankomme. Bei dieser Variante werde vorgeschlagen, dass für das erste Kind 100 %, für das zweite Kind 25 %, für das dritte Kind auch 25 % gezahlt würde und ab dem vierten Kind der Elternbeitrag beitragsfrei sein solle.

Herr Strüwer berichtet, dass die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und die Fraktion Hagen Aktiv signalisiert hätten, zunächst keine Veränderungen in dem Bereich vornehmen zu wollen. Man sei sich aber einig gewesen, dass man noch einmal zusammenkommen wolle, um eventuell doch noch zu einer Verständigung zu kommen.

Herr Losch bittet die Verwaltung darum, eine Variante vorzubereiten, in der bei den 14 Stufen in den unteren Bereichen eine leichte Entlastung vorzunehmen und das dadurch zu komprimieren, dass im oberen Bereich die Einkommensgrenze von 125.000 Euro auf 75.000 Euro herabgesetzt würde.

Herr Strüwer lässt endgültig darüber abstimmen, ob die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind, dieses Thema zu vertagen und am 01.12.2010 neu zu beraten und zu beschließen. Man sei überein gekommen, dass der Unterausschuss am 01.12.2010 um 16.00 Uhr und der Jugendhilfeausschuss um 17.00 Uhr tagen werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage in 2. Lesung zur Kenntnis und wird eine endgültige Beschlussfassung in einer Sondersitzung am 01.12.2010 vornehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossenDafür: 14Dagegen: 0Enthaltungen: 0

**9. HSK 2011
- Einsparung bei Kinderspielplätzen
Vorlage: 0791-5E/2010**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer verweist auf die ausgelegte Ergänzungsvorlage zu diesem Thema. Diese beinhaltet den gleichen Beschlussvorschlag, der im Unterausschuss Jugendhilfe zu dieser Thematik als Beschlussempfehlung gefasst worden sei.

Herr Goldbach führt in die Thematik ein. Er zitiert außerdem aus den Beschlüssen der Bezirksvertretungen.

Herr Losch fragt, inwieweit die Anregung eines Fachverbandes umgesetzt sei, den Sand in den Spielkästen der Spielplätze nur noch alle drei Jahre auszutauschen und den verbleibenden Sand zu reinigen. Sei diese Maßnahme bereits in das Haushaltssicherungskonzept eingeflossen? Welcher Betrag könne mit dieser Maßnahme eingespart werden?

Herr Goldbach berichtet, dass es an einigen Stellen bereits so sei, dass der Sand gereinigt und nicht ausgetauscht würde. Das Ganze fiel aber in die Zuständigkeit des Fachbereiches für Grünanlagen, so dass er nicht sagen könne, ob dort noch weitere Konsolidierungen möglich seien.

Herr Buddeberg fragt im Namen seiner Fraktion nach dem eventuellen Verkauf der Flächen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass es wichtig sei, die Flächen als Freiflächen zu erhalten. Die Stadtteile veränderten sich im Laufe der Jahre.

Herr Goldbach antwortet, dass man habe nachweisen wollen, dass man in der Lage sei, durch eine Reduzierung der Spielplätze sowohl Geld bei der Unterhaltung einzusparen, als auch Verkaufserlöse zu erzielen. Man halte in der Summe diese Flächen zukünftig für verzichtbar. In jedem beschlossenen Bebauungsplan seien Spielflächen beschlossen worden, von denen nur ein Bruchteil realisiert worden sei.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass hier in der Sache eine Doppelzuständigkeit gegeben sei, einmal der Jugendhilfeausschuss und auf der anderen Seite die Bezirksvertretungen. In der Diskussion im Unterausschuss sei deutlich geworden, dass es sehr wichtig sei, die Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen zu berücksichtigen.

Auf der anderen Seite hätte die Entscheidung fallen müssen, ob man bereit sei, sich von einigen Spielplätzen zu trennen, um die anderen Spielplätze zu erhalten. Diese wichtigen Entscheidungen seien in die Beschlussempfehlung für den Jugendhilfeausschuss eingeflossen.

Er liest den Beschlussvorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die ergänzenden Ausführungen zur Konsolidierungsmaßnahme 55.149 zur Kenntnis.
2. Um die Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung der verbleibenden Spielplätze sicherzustellen, stimmt der Rat im Grundsatz einer vertretbaren Reduzierung der Kinderspielplätze im Umfang der dargestellten Maßnahmen zu.
3. Begründete Änderungswünsche der Bezirksvertretungen werden bei der Beschlussfassung im Rat unter der Maßgabe des Punktes 2 berücksichtigt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Kommunalaufsicht für die nächsten Jahre einen finanziellen Handlungsrahmen für die Erneuerung der verbleibenden Spielplätze auszuhandeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

**10. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2011
Vorlage: 0791/2010**

Der Jugendhilfeausschuss trifft im Rahmen seiner Zuständigkeit folgende Beschlüsse zu den Einzelmaßnahmen:

Maßnahme 55.100 Elternbeiträge 55/4**Seite 105**

Die Beschlussfassung wurde vertagt auf die Sondersitzung des JHA am 01.12.2010 (siehe Beschluss zu Vorlage 0791-4/2010).

**Maßnahme 55.110 Steigerung der Heranziehungsquote
beim Unterhaltsvorschuss** **Seite 106**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Maßnahme 55.149 Schließung von Spielplätzen **Seite 109**

Der Beschluss wurde im Rahmen der Beratung der Vorlage 0791-5E/2010 gefasst.

**Maßnahme 55.150 Offene Kinder- und Jugendarbeit
(u.a. Kinder- und Jugendförderplan,
hier Teilplan 3660)** **Seite 110**

**Maßnahme 55.150 a Offene Kinder- und Jugendarbeit
(Kinder- und Jugendförderplan,
hier Teilplan 5113)** **Seite 111**

**Maßnahme 55.150 b Offene Kinder- und Jugendarbeit
(Kinder- und Jugendförderplan,
hier Teilplan 3620)** **Seite 112**

Herr Strüwer erklärt, dass es sich bei den vorgenannten Maßnahmen um solche handele, die bereits im Rahmen der Jugendförderplanentscheidungen sowohl im JHA, als auch im Rat getroffen worden seien.

**Maßnahme 55.153 Wegbrechende Refinanzierung
„soziale Stadt Altenhagen“** **Seite 113**

Auch die Beschlussfassung zu dieser Maßnahme sei bereits erfolgt.

**Maßnahme 55.161 Hilfen zur Erziehung
(nur Transferleistungen)**

Seite 116

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossenDafür: 12Dagegen: 0Enthaltungen: 1**Maßnahme 55.173 Abbau von Kita-Plätzen 3 – 6 jährige**

Seite 118

Herr Strüwer erklärt, dass bei dieser Maßnahme keine Abstimmung erfolgen müsse, weil im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung 2011 – 2014 bereits eine Entscheidung getroffen worden sei.

Er gibt den wichtigen Hinweis, dass die Schließungen nicht damit zusammenhängen, dass man die entsprechenden Kindergarteneinrichtungen nicht erhalten wolle, sondern man könne sie nicht erhalten, weil man zu wenige Kinder in dieser Stadt habe.

Herr Steuber benennt die städtischen Einrichtungen, die betroffen sind. Er weist darauf hin, dass man sich eventuell neu justieren müsse, wenn man nicht relativ schnell eine positive Entscheidung des Innenministers zu der Übernahme von Trägeranteilen bei freien Trägern und Kirchen. Dann werde man möglicherweise nicht in der Lage sein, den Bedarf zu decken. Man werde die Einrichtungen möglicherweise im Rahmen einer Auffangsituation länger fortführen, als das ursprünglich geplant sei.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass diese Prämisse auch Gegenstand der Beratung zum Kindergartenbedarfsplan gewesen sei.

**Maßnahme PK.3110 Personalkosteneinsparung im TP 3110
Interne Dienste 55**

Seite 119

Herr Dr. Brauers erläutert die Maßnahme.

Herr Feldhaus fragt nach möglichen Auswirkungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

**Maßnahme PK.3620 Personalkosteneinsparung im TP 3620
Jugendarbeit**

Seite127

Herr Goldbach erläutert die Maßnahme.

Die Jugendräte müssten weiterhin unterstützt werden. Wichtig sei es, die freien Träger dabei mit einzubeziehen.

Herr Losch ist der Meinung, dass die Stelleneinsparung beim Kinder- und Jugendbüro nicht tragbar sei. Er sei dagegen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Maßnahme erst 2012 greife und man daher noch ein Jahr Zeit habe, den Übergang neu zu gestalten.

Herr Reinke macht deutlich, dass ihm die Arbeit der Bezirksjugendräte am Herzen liege. Er formuliert einen Vorbehaltsbeschluss.

Frau Burghardt schließt sich den Ausführungen von Herrn Losch an und möchte die Angelegenheit noch einmal überdenken.

Frau Klos-Eckermann ist der Meinung, dass die Arbeit der Jugendräte weitergeführt werden müsse.

Herr Strüwer stellt die Maßnahme unter der Formulierung eines Vorbehaltes zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass bis zum 01.01.2012 eine Lösung bezüglich der Begleitung der Bezirksjugendräte gefunden wird.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 11
Dagegen: 1
Enthaltungen: 1

Maßnahme PK.3630 Personalkosteneinsparung im TP 3630 Seite 128
Sonstige Leistungen Förderung junger Menschen

Herr Goebels erläutert die Maßnahme.

Herr Dittert äußert noch einmal eindringlich seine Befürchtungen bezüglich der Einsparung der Stelle bei der Jugendgerichtshilfe.

Da die im letzten Protokoll aufgeführten Beteiligten unterschiedliche Funktionen hätten, könne eine derartige Einsparung bei der Jugendgerichtshilfe seines Erachtens nicht aufgefangen werden. Die Beteiligung der Jugendhilfe sei ein unverzichtbarer Baustein im Verfahren.

Herr Goebels weist darauf hin, dass die Reduzierung seit 1,5 Jahren bereits durch personelle Ausfälle umgesetzt sei.

Herr Strüwer schlägt vor, über die Einsparung bei der Jugendgerichtshilfe gesondert abzustimmen.

1. Abstimmung der gesamten Maßnahme ohne die Stelleneinsparung bei der Jugendgerichtshilfe:

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 8
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

2. Abstimmung der Maßnahme bei der Jugendgerichtshilfe (Wegfall einer Stelle ab 2011)

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 7
Dagegen: 2
Enthaltungen: 0

Maßnahme PK.3650 Personalkosteneinsparung im TP 3650 Tageseinrichtungen für Kinder Seiten 130,131

Auf eine Anmerkung von Herrn Schurgacz bezüglich der Stellen der Jahrespraktikanten erklärt Herr Strüwer, dass die Angelegenheit bereits im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung abgehandelt worden sei.

Herr Homm ergänzt, dass über die Jahrespraktikantenstellen noch keine Entscheidung gefallen sei.

Herr Steuber greift die Anregung von Herrn Homm auf, dass es ein wichtiger Hinweis sei, dass im Falle einer Refinanzierung neu diskutiert werden müsse.

Herr Schurgacz weist darauf hin, dass das KiBiz keine Aussage zu den Jahrespraktikanten mache.

Frau Versteeg-Schulte macht deutlich, dass die Stadt ein Budget habe, das sie einsetze. Man habe dabei natürlich Spielräume genutzt.

Herr Strüwer erklärt, dass eine Abstimmung zu dieser Maßnahme nicht erfolgen muss, da diese bereits erfolgt ist.

**Maßnahme PK.3660 Personalkosteneinsparung im TP 3660
Einrichtungen der Jugendarbeit**

Seite 132

Herr Strüwer erklärt, dass diese Maßnahme bereits im Rahmen des Jugendförderplans beschlossen worden sei.

**Maßnahme PK.3670 Personalkosteneinsparung im TP 3670
Sonstige Einrichtungen für junge Menschen/Familien**
Seiten 133,134**Abstimmungsergebnis:**

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 8
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

**Maßnahme PK. 4111 Personalkosteneinsparung im TP 4111
Gemeindenaher Therapie**

Seite 135

Herr Strüwer erklärt, dass es mit dem Träger, der die Einrichtung übernehmen wollte, Probleme gebe. Im Haupt- und Finanzausschuss sei die Entscheidung dahingehend erst einmal vertagt worden. Der Jugendhilfeausschuss könne diese Maßnahme nur unter den hier gegebenen Voraussetzungen mittragen. Falls man mit der Diakonie Südwestfalen bezüglich der Räumlichkeiten nicht einig werde, käme das Thema automatisch wieder zur Beratung zurück in die Gremien.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
|-------------------------------------|------------------------|

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**Maßnahme PK.5113 Personalkosteneinsparung im TP 5113
Projekt Soziale Stadt**

Seite 136

Herr Strüwer führt aus, dass sich diese Maßnahme bereits vollzogen habe.

11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin